

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 24. April 1959

Nummer 17

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte April 1959

Die internationale Situation

Das wirtschaftliche Bild der westlichen Welt wird gegenwärtig bestimmt durch zwei ihrer Natur nach sehr verschiedene Faktoren. Einmal ist die jahreszeitlich bedingte Belebung, durch die Witterung und das frühe Osterfest begünstigt, stärker ausgefallen als üblich. Inwieweit für die regere Wirtschaftstätigkeit auch verstärkte konjunkturelle Impulse verantwortlich sind, läßt sich heute noch nicht klar übersehen. Immerhin ist eine leichte Besserung des konjunkturellen Klimas unbestreitbar. Der zweite, das Bild aufhellende Faktor liegt in der Tatsache, daß in Großbritannien, das unter den führenden Industrieländern Europas in den letzten Wochen und Monaten ein besonders schwaches Glied war, sich die Wirtschaftspolitik zu weiteren Stützungsmaßnahmen entschlossen hat. Die Maßnahmen, bei denen besonderer Wert auf eine Stärkung der privaten Nachfrage gelegt wurde, werden keine sensationellen Auftriebskräfte auslösen, sie werden jedoch über die Einnahmen- und Ausgaben-gestaltung des öffentlichen Haushalts anregend wirken. Die auf breiter Ebene erstrebte Belebung soll nicht nur die für die bessere Kapazitätsausnutzung erforderliche zusätzliche Nachfrage ermöglichen, sondern auch Investitionen reizvoller machen, die nötig sind, um die britische Wirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf wettbewerbsfähig zu erhalten. Die Investitionserleichterungen sehen eine Abschreibung in Höhe von 120 vH der Investitionsausgaben vor, also ein Geschenk an den Investor aus Steuermitteln. Die Gefahr, daß eine solche Maßnahme Fehlinvestitionen fördert, ist vorhanden, doch sollte sie nicht überschätzt werden, da die Vornahme einer Investition, die sich nur mit Hilfe eines Zuschusses

bezahlbar macht, für die Wirtschaft wenig verlockend sein dürfte. Eher könnte diese Maßnahme Rationalisierungsinvestitionen anregen, die den Unternehmungen für längere Zeit Kostenvorteile bringen. Ob die Maßnahmen allerdings ausreichen werden, die britische Wirtschaft schon bald auf den vom Potential her realisierbaren Wachstumspfad zu führen, muß dahingestellt bleiben. Aber auch so ist das britische Vorgehen unter weltwirtschaftlichen Aspekten zu begrüßen, da es möglicherweise in diesem Lande, dessen realer Fortschritt mehrere Jahre hindurch zu wünschen übrig gelassen hat, eine ausgewogenere Expansion einleitet. Dies gilt vor allem im Hinblick darauf, daß hierdurch die Aussichten auf einen konjunkturellen Gleichschritt der industrialisierten Länder und damit die Chancen gestiegen sind, Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die häufig Begleiterscheinung unterschiedlicher Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftsräumen sind, zu vermeiden.

Aber die jüngste Entwicklung hat nicht alle Unsicherheitsmomente ausgeräumt und die Befürchtungen, daß die Impulse zu schwach sein könnten, um ein stetiges Wirtschaftswachstum zu sichern, sind noch nicht gegenstandslos geworden. Dafür ist die private Investitionsneigung, die langfristig ausschlaggebend für eine wirtschaftliche Expansion ist, diesseits und jenseits des Ozeans in den Industrieländern — mit der möglichen Ausnahme Westdeutschlands — noch zu gering. Zwar ist trotz beachtlicher Kapazitätsreserven aus Konkurrenzgründen nicht mit einem stärkeren Absinken der Investitionsausgaben zu rechnen, aber nur vereinzelt lassen sich heute Anzeichen für eine erhöhte Investitionstätigkeit erkennen. Auch die von den Lagerinvestitionen ausgehenden

Anregungen dürfen nicht überschätzt werden, wenn auch mit der Belegung der wirtschaftlichen Aktivität die mehr oder weniger den Umsätzen angepaßten Lagerbestände im Zuge der Nachfragesteigerung vergrößert werden dürften. Vor allem muß auch die Lagerbewegung in den USA mit Vorsicht beurteilt werden. Nach vorläufigen Angaben hat sich die Lagerinvestition im ersten Quartal 1959 — Jahresbasis — auf 3,5 Mrd. \$ belaufen. Hierbei hat eine vorsorgliche Lageranreicherung bei einigen Grundstoffen eine gewisse Rolle gespielt, ebenso wie die Auffüllung der Autobestände beim Handel, die eine reibungslose Deckung der Frühjahrsnachfrage ermöglichen soll. Die amerikanische Lagerauffüllung erscheint aber auch nach Berücksichtigung dieser beiden Momente für den gegenwärtigen Wachstumsrhythmus in den Vereinigten Staaten ausreichend. Eine verstärkte Lagerinvestition ist demnach kaum zu erwarten; sie wäre aber auch gar nicht erwünscht, da sie über kurz oder lang erneut zu Anpassungen zwingen und dadurch zu stärkeren Ausschlägen in der Güterproduktion führen würde.

Während die Ausgaben der Öffentlichen Hand in den Industrieländern weiter leicht steigende Tendenz haben, wird der private Verbrauch sich im großen und ganzen im Rahmen der Einkommensentwicklung halten, also kaum einen primär expansiven, in den meisten Fällen aber einen stützenden Faktor darstellen. Noch immer könnte zwar der Automobilabsatz in den Vereinigten Staaten eine Überraschung bringen, aber stärkere Zuwachsraten in der Automobilproduktion, als sie zu Beginn des Jahres erzielt wurden, werden kaum realisiert werden.

An den Weltmärkten wird die leichte Belegung der industriellen Tätigkeit eine etwas regere Nachfrage, vor allem nach Industrierohstoffen auslösen. Anlaß für eine stärkere Lageranreicherung bei Rohstoffen ist vorläufig allerdings nicht gegeben. Dies nicht nur, weil genügend Produktionskapazitäten in den Rohstoffländern zur Verfügung stehen, die ein ausreichendes Angebot gewährleisten, sondern auch weil letzten Endes die Entwicklung in den Industrieländern noch mit den Unsicherheitsmomenten belastet ist, die eine übermäßige Bevorratung nicht geboten erscheinen lassen. Immerhin dürfte die gegenwärtige Nachfrage zumindest die Stabilität des Preisniveaus an den Weltrohstoffmärkten insgesamt garantieren. Da andererseits die stärkere Konkurrenz die Preise für industrielle Fertigwaren weiterhin unter Druck halten wird, sollten günstigere „terms of trade“ zu einer Entspannung der Zahlungsbilanzlage der vorwiegend Rohstoffe exportierenden Länder beitragen.

Auf den Weltfrachtenmärkten, die unter dem Druck des weit über die Nachfrage hinausgehen-

den Tonnage-Angebots Rückgänge der Frachtraten bis zum März sahen, hat sich in den ersten Aprilwochen eine leichte, möglicherweise nur vorübergehende Belegung der Frachtsätze bemerkbar gemacht. Da die Frachtentwicklung stark von dem Transport einiger Massengüter (Kohle, Öl, Getreide) abhängt, ist eine nachhaltige Aufwärtsbewegung der Raten ohne eine kräftige Zunahme beim Transport dieser Güter nicht zu erwarten.

Die Sicherung des bislang nur geringen wirtschaftlichen Wachstums und darüber hinaus die Überleitung in eine, den vorhandenen Produktionskräften entsprechende Expansion bleibt somit weiterhin die vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik in den Industrieländern.

Westdeutschland

Der beachtliche Beschäftigungsanstieg im März — bedingt durch den sich schnell erhöhenden Kräftebedarf der stark expandierenden Bauwirtschaft — hat die in diesem Jahr ohnehin schwächer ausgeprägte winterliche Arbeitslosigkeit sehr frühzeitig so erheblich verringert, daß bei einer Arbeitslosenquote, die gegenwärtig nur noch etwa 3 vH beträgt, der Zustand der Vollbeschäftigung wesentlich früher als in den vorangegangenen Jahren erreicht werden konnte.

Die Auftragsentwicklung in der Industrie zeigte im Februar eine stärkere Belegung, wobei insbesondere die Auftragsingänge aus dem Ausland eine geradezu sprunghafte Steigerung gegenüber der entsprechenden Vorjahrsentwicklung aufwiesen. Allerdings wird man aus der Auftragsentwicklung eines einzigen Monats noch keine weitgehenden konjunkturellen Folgerungen ziehen dürfen. Sollten die Märzdaten des Produktionsverlaufs, die zur Zeit noch nicht vorliegen, die Auftragsentwicklung des Februar bestätigen, so ist zu berücksichtigen, daß der März dieses Jahres gegenüber dem Vorjahrs-März insofern besonders begünstigt war, als durch den zeitigen Ostertermin der private Verbrauch und durch die milde Witterung die Bauinvestitionen verhältnismäßig stark angeregt wurden. Die vorgenannten positiven Indizes der Beschäftigungsentwicklung und des Auftragsverlaufs reichen jedenfalls noch nicht aus, um mit genügender Sicherheit eine sich auch konjunkturell durchsetzende Überwindung der bisherigen Phase verringerter wirtschaftlicher Aktivität zu prognostizieren. Zweifellos wird die Baukonjunktur mit ihren anhaltenden, wenn auch selbstverständlich nicht mehr im bisherigen Ausmaß ausstrahlenden Beschäftigungseffekten für die kommenden Monate ein hohes Beschäftigungsniveau gewährleisten. Aber mit der Verwirklichung einer hohen Gesamtbeschäftigung ist das eigentliche Problem der gegenwärtigen und zukünftigen konjunkturellen Konstellation, nämlich

die Sicherung des für möglich gehaltenen und ohne allgemeine Preissteigerung realisierbaren gesamtwirtschaftlichen Fortschritts noch keineswegs gelöst.

Die industrielle Gesamterzeugung dürfte im ersten Quartal dieses Jahres, nachdem sie in den beiden ersten Monaten das Vorjahrsniveau kaum mehr als um 1 vH überschritten hatte, an die Fortschrittsrate des zweiten Halbjahres 1958 von etwa 3,8 vH nicht mehr herankommen, sondern nicht unbeträchtlich hinter dieser Rate zurückbleiben, es sei denn, der Monat März hätte eine mindestens 10 vH betragende Steigerung der industriellen Erzeugung erbracht.

Ein „Aufholen“ im Tempo durch verstärkte industrielle Erzeugung in den kommenden Monaten und damit ein Übergang zu Fortschrittsraten, die jene des Vorjahres nennenswert überschritten, würde jedoch voraussetzen, daß von den wichtigsten Komponenten des Wachstums, wie Investition, Ausfuhr und Verbrauch, vor allem der Verbrauch stärker expandiert, als dies bisher der Fall war.

Auch wenn sich — schon auf Grund der im März stärker wirksam gewordenen Auftriebstendenzen — allgemeine Förderungsmaßnahmen weiterhin erübrigen dürften, so erscheint es doch unbedingt notwendig, daß das konjunkturelle Klima nicht durch eine lediglich an fiskalischen Überlegungen orientierte und daher unzeitgemäße Haushaltspolitik des Bundes gestört wird.

Den Anlaß zu Gesprächen über eine aus fiskalischen Gründen auf straffere zeitliche Anpassung der laufenden Einnahmen und Ausgaben des Bundes bedachte Einnahmen- und Ausgabenpolitik bot die jüngste Entwicklung der Bundeskasse, deren über 3 Mrd. DM betragende Bestände im März vor allem durch Akkumulierung von beträchtlichen, zum Teil einmaligen Sonderausgaben (wie vorzeitige Rückzahlungen von Schuldverpflichtungen an die Vereinigten Staaten und Großbritannien, erhebliche Vorauszahlungen auf Rüstungslieferungen) praktisch aufgelöst worden sind. Konjunkturell, d. h. als inlandswirksamer Expansionsfaktor, waren die genannten Abführungen der Bundeskasse ohne Bedeutung.

Durch das Junktim zwischen den bei der Bundesbank gehaltenen Guthaben des Bundes, die bis zur Neige abgebaut wurden, und den ebenfalls bei der Bundesbank gehaltenen Gold- und Devisenreserven, die in dem Ausmaß abnahmen wie die Kassenmittel des Bundes für Zahlungen an das Ausland Verwendung fanden, beschränkte sich der Kassenabbau des Bundes im wesentlichen auf eine Verkürzung der Bundesbankbilanz (Abnahme der Gold- und Devisenreserven auf der Aktivseite und Abnahme der öffentlichen Gut-

haben auf der Passivseite), so daß der innere monetäre Kreislauf hierdurch nicht berührt wurde. Allerdings bewirkten die inlandswirksamen Liquiditätsfaktoren eine weitere Verflüssigung, der von der Bundesbank durch Herabsetzung der Geldmarksätze Rechnung getragen wurde.

So bedeutungslos der schnelle Abbau der Bundeskasse zunächst für die innenwirtschaftliche Entwicklung gewesen ist, so bedeutungsvoll könnten sich aber unter zukünftigen Aspekten gewisse Schlußfolgerungen aus einer veränderten, zu Defiziten neigenden Kassensituation für die weitere konjunkturelle Entwicklung auswirken.

Die gegenwärtigen und voraussichtlich auch für die übersehbare Zukunft anhaltenden Tendenzen einer — von Sonderkonjunkturen einzelner Bereiche abgesehen — eher labilen als stabilen wirtschaftlichen Entwicklung vertragen keine aus fiskalischen Gründen für unvermeidbar gehaltenen Ausgabenkürzungen oder über Steuererhöhung erstrebte Einnahmenerhöhungen; diese Tendenzen erfordern vielmehr, wenn schon keine Verstärkung, dann zumindest doch die Beibehaltung des gegenwärtig erreichten Ausgabenstroms aus dem öffentlichen Bereich bei gleichzeitiger Erhaltung, ja sogar Stärkung der Kaufkraft der Steuerzahler.

Waren die Überschüsse des Bundes in den Jahren 1956 und 1957 letztlich eine zwar nicht beabsichtigte, aber doch sehr wirksame Folgeerscheinung einer starken, vornehmlich von der außenwirtschaftlichen Entwicklung bestimmten Konjunktur, so ist umgekehrt zu befürchten, daß defizitäre Entwicklungen der Bundeskasse bei entsprechenden Reaktionen des Finanzministeriums — ebenfalls ungewollt — eine schwache Konjunktur induzieren, wobei im übrigen die defizitären Tendenzen um so ausgeprägter werden könnten, je mehr man sie durch Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen zu vermeiden trachtet. Wie bereits im Wochenbericht Nr. 16 betont, erscheint aus konjunkturellen Erwägungen auch eine Beanspruchung des Kapitalmarktes von seiten des Bundes, die nicht sehr sorgfältig dosiert ist, wenig empfehlenswert. Denn nicht nur die ohnehin in Zukunft zu erwartende verstärkte Beanspruchung des Kapitalmarktes von anderen öffentlichen Stellen, sondern auch die bereits stärker in Erscheinung getretene Neigung der Kreditinstitute, die im vergangenen Jahr die wichtigsten unmittelbaren Stützen des Wertpapiermarktes waren, die bei ihnen anfallenden Mittel nicht mehr im bisherigen Ausmaß im Wertpapiergeschäft, sondern in steigendem Maße für Geldmarkttransaktionen im Ausland kurzfristig anzulegen, könnte die bisher günstige Zinsentwicklung auf den Wertpapiermärkten schneller als erwartet ins Gegenteil verkehren.

Die heutige Lage der mitteldeutschen Wohnungswirtschaft

Die Entwicklung des mitteldeutschen Wohnungsbaues ist nach dem Kriege wenig gradlinig verlaufen. Bis zum Jahre 1953 entfielen im Jahresdurchschnitt nur etwa 9 vH aller Investitionsmittel (einschließlich Lagerzugänge) auf den Bau von Wohnungen und wurden vorwiegend zur Wiederherstellung leicht beschädigter Wohnungen verwandt. Von 1953 an ist dann der Anteil auf durchschnittlich etwa 13,5 vH gestiegen. Die Mittel wurden zwar vorwiegend für den Wohnungsneubau verwandt, zum Teil jedoch durch steigende Baukosten absorbiert. Die gleichzeitig einsetzende technische Rationalisierung der Bautätigkeit konnte diesen Prozeß nicht aufhalten, die durchschnittlichen Baukosten je Wohnung jedenfalls stiegen weiter an, insbesondere weil die damals begonnenen Bauten in den Repräsentationsstraßen der großen Städte unverhältnismäßig hohe Kosten verursachten.

Der Rohzugang an Neuwohnungen (einschließlich der Wiederherstellung stärker zerstörter Wohnungen) hat im Zeitraum von 1953 bis 1956 im Jahresdurchschnitt etwa 33 000 Wohnungen betragen. Für die Jahre 1957 und 1958 wurden bei beträchtlich erhöhtem Gesamtaufwand und nunmehr auch etwas sinkendem Aufwand je Wohnung mit Rohzugängen von 61 125 und 63 466 etwa verdoppelte Zugänge gemeldet. Ab 1959 sollen jährlich über 90 000 Wohnungen gebaut werden, gleichzeitig aber soll die seit langem vergeblich geforderte Senkung der durchschnittlichen Wohnungsgröße verwirklicht werden. Eine weitere Rationalisierung soll durch Zusammenfassung zu einheitlichen Wohnkomplexen erreicht werden. Je Kopf der Bevölkerung gerechnet wurden damit in Mitteldeutschland in den Jahren 1953 bis 1956 etwa 17 vH und in den Jahren 1957/58 etwa 34 vH der in Westdeutschland gebauten Wohnungen fertiggestellt und sollen künftig etwa 50 vH gebaut werden.

Die Wohnverhältnisse liegen trotz der geringen Bautätigkeit in Mitteldeutschland nicht so ungünstig wie die Neubauzahlen zunächst vermuten lassen. Die Ausgangsposition nach dem Kriege ist dort wegen der geringeren Kriegszerstörungen besser gewesen als in Westdeutschland; ferner war der Bevölkerungszugang in den ersten Nachkriegsjahren geringer und später hat bekanntlich die Bevölkerung durch Abwanderung sogar beträchtlich abgenommen.

Die Überbelegung der 1950 vorhandenen Wohnungen war gegenüber den Wohnverhältnissen in der Vorkriegszeit daher weniger stark als in der Bundesrepublik. Wie eingehende noch nicht ganz abgeschlossene Untersuchungen zeigen, ist heute die Belegung je Wohnung und je Wohnraum in Mitteldeutschland kaum höher als in Westdeutschland. Ausstattung und Erhaltungszustand sind jedoch wesentlich schlechter. Auch liegen wegen der nicht unbeträchtlichen Umschichtung der mitteldeutschen Bevölkerung in den Städten, die im Brennpunkt der Wirtschaftsentwicklung standen, die Belegungsziffern stärker über den Durchschnittswerten.

Die günstigere Ausgangslage und der Bevölkerungsrückgang haben es der mitteldeutschen Wirtschaftsverwaltung ermöglicht, die verfügbaren Investitionsmittel vorwiegend in die Industrie zu lenken und trotz Zurückstellung des Wohnungsbaus eine gewisse Besserung der Wohnverhältnisse zu erreichen. Diese Investitionspolitik hat jedoch äußerst nachteilige Folgen für die vorhandene Wohnungssubstanz gehabt. Vom Gesamtbestand an Wohnungen entfallen heute in Mitteldeutschland noch fast 70 vH auf Wohnungen aus der Zeit vor 1918, nur etwa 6 bis 7 vH gegenüber mehr als 30 vH in der Bundesrepublik auf Wohnungen, die nach 1939 gebaut wurden. Außerdem hat sich der Wert der Altwohnungen wegen zu geringer Aufwendungen für die Wohnungsinstandhaltung — laufende Instandhaltung und Abbau des in der Kriegszeit aufgelaufenen Rückstandes — wesentlich verschlechtert.

Das Verhältnis von Alt- und Neubau liegt allerdings in Westdeutschland infolge des starken Neubaus in der Nachkriegszeit heute besonders günstig. Rechnet man als Norm für Mitteldeutschland mit einer durchschnittlichen Lebensdauer der Wohnungen von 100 Jahren, müßten jedoch, um den Bestand langfristig zu erhalten, mindestens 17 vH aller vorhandenen Wohnungen auf die Baujahre von 1940 bis 1957 entfallen, also etwa 800 000 Wohnungen. Tatsächlich gebaut sind in diesem Zeitraum, wenn man die Zahl der lediglich wiederhergestellten Wohnungen absetzt, dagegen höchstens 200 000 bis 250 000 Wohnungen. Sowohl zur Erhaltung des Bestandes wie zur Wiederherstellung vorkriegsmäßiger Wohnverhältnisse besteht also nach wie vor ein erheblicher Nachholbedarf.